

Die Überbrückungshilfe, die die Gewerkschaften unter dem Druck der Betriebsarbeiterschaft Ende 1949 durchsetzten, ist rasch verbraucht worden. Die vom ÖGB verlangten Preisreduzierungen, die mit dem Beginn des neuen Jahres eintreten sollten, sind ausgeblieben. Im Gegenteil, die Preise sind weiter - gestiegen. Die Arbeiter in den Betrieben glauben jetzt den Zeitpunkt für gekommen, wo die Gewerkschaftsspitzen den Kampf für die Erhöhung der Löhne aufnehmen werden, da ja die in der Resolution vom 17.11. geforderten Preissenkungsaktionen versagt haben.

Die Arbeiter und ihre Betriebsräte erwarten vom ÖGB die Richtlinien für den ihnen unausweichlich scheinenden Kampf. Am 2.II. trat der Vorstand des ÖGB zusammen, um zur Lohn- und Preisfrage Stellung zu nehmen. Böhm referierte über die Lage. Er berichtete, daß mit der Regierung verhandelt würde, um Preissenkungen zu erreichen. Neue Gesetze würden vorbereitet und die Arbeiter werden bald "billigere" Schuhe kaufen können. Trotzdem noch Preisauftriebstendenzen beständen, wäre(!) bei vielen Gebrauchsgütern eine Preissenkung möglich, "so daß im Durchschnitt eine Besserung des Realeinkommens der Arbeiter möglich wäre". Abschließend sagte Böhm: "Im gegenwärtigen Augenblick würden aber Lohnforderungen unseren Kampf um Preissenkungen torpedieren, denn man kann nicht, wenn man ernst genommen werden will, für Preissenkung und Lohnerhöhung eintreten."

Wer torpediert den Kampf?

Die Arbeiter und ihre Vertrauensleute haben das Recht, Böhm zu fragen: "Wer torpediert unseren Kampf, wir, die wir verzweifelt um die Erhaltung unseres Reallohnes ringen und da, wie alle Erfahrungen der Vergangenheit beweisen, von den Kapitalisten und ihrem Staate niemals Preissenkungen zu erwarten sind, um Lohnerhöhungen kämpfen wollen, oder Sie, der Sie wider Ihr besseres Wissen uns weiter auf Verhandlungen mit den Kapitalisten, auf neue Gesetze und auf neue Preissenkungen verträsten? Anstatt daß Sie sich gemeinsam mit der gesamten Gewerkschaftsführung an die Spitze unseres Kampfes gegen die Kapitalisten stellen, wollen Sie uns einreden, daß sich unsere Lage nur verbessern läßt, wenn wir gemeinsam mit den Kapitalisten marschieren, daß wir darauf warten sollen, bis es sich die Kapitalisten "leisten" können, die Preise zu senken. Wer torpediert hier, wir, die Arbeiter in den Betrieben, oder Sie, der Sie sich bremsend unserem Kampf in den Weg stellen und uns im Stiche lassen?"

In diesen Tagen jährt sich zum 15. Male die Februarniederlage der österreichischen Arbeiterklasse. Für uns revolutionäre Betriebsarbeiter ist der 12. Februar nicht nur ein Gedenktag für die ruhmvollen Opfer der österreichischen Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Heimwehrreaktion. Für uns ist der 12. Februar auch ein Abrechnungstag mit der SP-Bürokratie.

Die SP-Bürokratie hatte vor 1934 die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie solange im Stiche gelassen, von Niederlage zu Niederlage geführt, bis diese enttäuscht und entmutigt, der kapitalistischen Reaktion keinen ernsthaften Widerstand mehr entgegensetzen konnten. Und welche Politik macht die SP-Führung seit 1945? Wenn sich auch die Phrasen der Schärf, Helmer, Böhm & Co. geändert haben, ihre Politik ist dieselbe wie vor 1934 geblieben. Die einzelnen Etappen des Kampfes der österreichischen Arbeiterklasse gegen die Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft sind genau so wie vor 1934 charakterisiert durch das Preisgeben der Interessen der Arbeiterklasse durch die SP-Bürokratie. Immer wieder läßt die SP/Gewerkschaftsführung die

Arbeiter im Stiche, um die Koalition mit der Bourgeoisie, um ihre eigenen Positionen in "Staat" und "Wirtschaft" nicht zu gefährden. Wenn jetzt die Böhm & Co. die Arbeiter wieder mit Versprechungen hinzuhalten versuchen, um sie vom Kampfe abzuhalten, so liegt dies auf derselben Linie!

Die Forderung nach 30% Lohnerhöhung der KP - und was dahinter steckt!

Auf derselben Sitzung des ÖGB-Vorstandes stellte die KP-Fraktion den Antrag, daß die Gewerkschaften Lohnforderungen stellen mögen und bis zum Abschluß der Verhandlungen soll ein Teuerungszuschlag von 30% des Gehaltes oder 50 Schilling wöchentlich verlangt werden. Dieser Antrag wurde von der SP-ÖVP Mehrheit abgelehnt.

Nach all den schweren Erfahrungen mit den Lohn- und Preispakten, die zur Blockierung der Löhne, aber nicht zur Blockierung der Preise und der Profite führten, ist die Einleitung von Lohnkämpfen zweifellos eine Forderung, die den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Aber die Lohnerhöhungen müssen auf Kosten der Kapitalisten durchgesetzt werden, die Lohnkämpfe müssen auf einer Linie des Kampfes gegen die gesamte Bourgeoisie geführt werden, nur dann wird es ein Erfolg für die Arbeiterklasse werden.

Und auf welcher Linie führt die stalinistische Bürokratie den Kampf? Stärkt dieser Kampf in seiner Gesamtwirkung die Arbeiterklasse auf Kosten der Bourgeoisie? Die Erfahrungen mit der Politik der KP-Führung, besonders in den letzten Jahren, beweisen der Arbeiterschaft, daß dies nicht der Fall ist. Das Ziel dieser Politik ist nicht, die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie durchzusetzen, sondern nur die nationalen Interessen der russischen Außenpolitik zu vertreten. Diese Politik führte nicht zur Schwächung der Bourgeoisie, sondern im Gegenteil zu deren Konsolidierung, sie spaltet die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten und macht der Politik der SP-Bürokratie die Mauer. Das Ziel der KP-Bürokratie ist nicht die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft, um die Macht der Arbeiterklasse aufzurichten, sondern die Errichtung einer "Volksdemokratie", d.h. die Macht des Kremls zu errichten. Und die "volksdemokratische" Polizeiherrschaft ist keine Alternative für die Arbeiterklasse.

Wir revolutionären Betriebsarbeiter erkennen daher klar, daß die an sich richtigen Forderungen der KP-Bürokratie im ÖGB nur deshalb gestellt werden, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse für ihre russisch-nationalen und volksdemokratischen Ziele auszunutzen. Wir schließen uns daher der Forderung der KP-Fraktion an (unsere Forderungen gehen aber weiter, wie wir im nächsten Kapitel darlegen werden), aber wir verschweigen keinen Augenblick unsere Kritik an der Politik der KP-Führung, wir verschweigen auch keinen Augenblick, was hinter dem Kampf der Fiala & Co. für Lohnerhöhungen steckt.

Welche Folgen bringen Lohnerhöhungen?

Die SP-Führung stemmt sich mit aller Kraft gegen die Forderung nach Lohnerhöhungen. Das Hauptargument dagegen ist, daß Lohnerhöhungen wieder nur Preissteigerungen zur Folge haben können und daß dies letzten Endes zur Inflation führen müsse, deren Folgen in erster Linie die Arbeiterklasse selbst treffen würde. Es sei daher besser, für Preissenkungen einzutreten. Diese so logisch scheinende Argumentation "übersieht" eine Kleinigkeit. Nämlich, daß nicht die Preise hinter den Löhnen herlaufen, sondern umgekehrt die Löhne hinter den Preisen. Durch die Lohn- und Preispakete wurden zwar immer die Löhne gestoppt, aber nie die Preise. Die schleichende Inflation ist eine Tatsache, für die nicht die Lohnforderungen der Arbeiter, sondern die Preissteigerungen der Kapitalisten verantwortlich ist. Die Kapitalisten haben aber auch ihre Preissteigerungsoffensive ausgenutzt, um erhöhte Pro-

fitte herauszuschlagen und gleichzeitig die Reallöhne der Arbeiter zu senken.

Die Inflation ist nicht etwas, das vom Himmel herunterfällt, sondern durch das Handeln der Kapitalisten entsteht. Dem Handeln der Kapitalisten müssen eben die Arbeiter ihr Handeln, ihren Kampf entgegenstellen. Daß in Österreich, wie in den meisten anderen Ländern, die Kapitalisten die Inflation dazu benützen konnten, ihre Profite zu erhöhen, ist eben der Ausdruck dafür, daß sich das Kräfteverhältnis im Klassenkampf laufend zugunsten der Kapitalisten und zuungunsten der Arbeiterklasse verschiebt. In dem Augenblick, wo die Inflation den Kapitalisten schaden wird, d.h. wenn die Preise den Löhnen nachhinken, in dem Augenblick werden die Kapitalisten an der Inflation das Interesse verlieren und sie nicht weitertreiben.

Da Preissenkungen nicht zu erreichen sind, treten wir für die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise ein. Das genügt aber nicht, denn Lohnerhöhungen ohne Garantie dafür, daß die Preise nicht gestoppt bleiben, können im besten Falle nur eine kurz vorübergehende Erleichterung in der Lage der Arbeiterklasse bringen. Wir fordern daher nicht nur die Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise, sondern auch gleichzeitig

die gleitende Lohnskala.

Was bedeutet die gleitende Lohnskala? Sie bedeutet die automatische Angleichung der Löhne an den gestiegenen Lebenshaltungskostenindex, der vor jedem neuen Lohnauszahlungstermin neu festgesetzt werden muß. Wenn der Index um 5% gestiegen ist, so müssen die Löhne und Gehälter für denselben Zeitraum, für den der Index gilt, automatisch erhöht werden.

"Aber das führt doch erst recht zur Inflation", werden die SP-Bürokraten uns entgegentreten. Möglich, aber zu keiner Inflation, die auf dem Rücken der arbeitenden Massen durchgeführt wird. Wir wollen die Inflation nicht, es wird dann von den Kapitalisten abhängen, ob es zu einer kommt oder nicht. Nebenbei, eine Inflation ist keine akute Gefahr. Die Produktion ist imstande, den Bedarf zu befriedigen. Bei einer passiven Handelsbilanz und bei ihrem dringenden Bedürfnis des Anschlusses an die Weltwirtschaft hat die kapitalistische Wirtschaft ein Interesse an der Stabilisierung der Währung.

Die gleitende Lohnskala ist aber auch keine Lösung, die vielleicht automatisch die Lage der Arbeiterklasse verbessert. Wir müssen der Arbeiterklasse klar machen, daß diese Lösung, wie jede andere unserer Lösungen, nur dann zur Verbesserung der Lage führen wird, wenn sie durch den Kampf der Arbeiter selbst durchgesetzt wird.

Nur der außerparlamentarische Klassenkampf kann die Lage der Arbeiter verbessern!

In den letzten Wochen gab es zwei Beispiele dafür, daß es nur bei Kampffentschlossenheit der Arbeiter zu Erfolgen kommen kann. Die Bühnenarbeiter streikten vier Wochen und beendeten ihren Kampf, dank der Sabotage der Gewerkschaftsspitzen, nur mit einem Teilerfolg. Bei den Bäckereiarbeitern genügte ein Streikbeschluß, um die in Verhandlungen erreichte Lohnerhöhung auch zu realisieren.

Gewiß waren beide Kämpfe nur Teilkämpfe, aber in beiden Fällen haben die Arbeiter die wichtige Erfahrung gemacht, daß diese Sprache die einzige Sprache ist, die die Kapitalisten verstehen. Und nicht nur das, besonders die Bühnenarbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß, wenn der Kampf unvermeidlich wird, die Gewerkschaftsbürokratie bremst, um eine Solidarisierung durch die andern Arbeiter und die Ausweitung des Kampfes zu verhindern. Margaretha hätte die Forderungen der Bühnenarbeiter restlos erfüllen müssen, wenn dieselbe Kampffentschlossenheit,

wie die Arbeiter, auch die Gewerkschaftsbürokraten und die sozialistischen Minister gezeigt hätten. Aber dies hätte in der Konsequenz zum Bruch der Koalition mit der kapitalistischen ÖVP geführt. Und die Koalition mit der ÖVP ist der SP-Bürokratie wichtiger als die Interesse der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse ist nur eine Macht, wenn sie geschlossen auftritt, national und international. Die 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wären eine ungeheure Macht, wenn sie geschlossen in die Wagschale geworfen würde, die ÖGB-Führung, die die Aufgabe hätte, diese Macht einzusetzen, scheut davor zurück. Warum? Fürchtet sie eine Niederlage? Welches sind ihre Argumente gegen den generellen Kampf, z.B. um Lohnerhöhungen?

"Die 'Wirtschaft' kann weitere generelle Belastungen nicht tragen, Erhöhung des Reallohnes kann nur durch Steigerung der Produktivität erreicht werden", sagen die Böhm & Co. Wir müssen diesem Schwindelargument vor den Arbeitern entgegentreten.

Erstens sind wir der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, die kapitalistische Wirtschaft aufrechtzuerhalten und sie vor Belastungen zu bewahren. Im Gegenteil, das Ziel der Arbeiterklasse muß die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und ihre Ersetzung durch eine sozialistische Planwirtschaft sein.

Zweitens ist es richtig, daß ein Teil der schwächeren Kapitalisten Lohnerhöhungen nicht mehr bezahlen kann, ohne gleichzeitig höhere Preise für ihre Produkte zu bekommen. Ein Teil von ihnen ist bereits dem Konkurrenzkampf erlegen, andere, besonders bei verschärftem Auftreten der Krise, werden ihnen folgen. Aber was hat diese Tatsache mit unserem Kampfe gegen die Kapitalisten zu tun? Wir führen doch keinen Kampf gegen einzelne Kapitalisten, sondern einen Kampf gegen die Kapitalisten als Klasse. Und die Kapitalistenklasse in ihrer Gesamtheit kann aus ihren Profiten Lohnerhöhungen bestreiten. Wenn die Kapitalisten das Gegenteil behaupten, dann müssen sie uns dies beweisen, wir verlangen die Einsicht in ihre Bücher.

Endlich sind auch wir für die bessere und rationelle Organisation der Arbeit, für die Erhöhung der Produktivität, aber wir stellen dabei Bedingungen. Die erhöhte Produktivität muß zu einer Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter führen. Hat die Steigerung der Produktion und der Produktivität seit 1945 zu einer Erhöhung des Realeinkommens geführt, oder sind die Profite gestiegen? Diese Frage sollen uns die Böhm & Co. beantworten. Die erhöhte Produktivität darf aber auch nicht zur Schaffung eines Arbeitslosenheeres, auch keines "normalen" oder "saisonbedingten" führen, sondern wir verbinden unsere Zustimmung zur Erhöhung der Produktivität und zur Steigerung der Produktion mit der Forderung nach der gleitenden Arbeitszeit.

Wir sehen, auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie ist der Kampf um Lohnerhöhungen realisierbar. Allerdings auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, auf dem Boden der Koalitionspolitik, gibt es "Bedenken".

Um diese "Bedenken" zu beseitigen, müssen die Arbeiter die derzeitige ÖGB-Führung beseitigen und an ihre Stelle kampfwillige revolutionäre Arbeiter setzen. Wir kämpfen mit demokratischen Mitteln innerhalb der Gewerkschaften für die Entfernung der verbürokratisierten Bremser und ihre Ersetzung durch revolutionäre, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Elemente.

+ + +

Die Verschärfung der Lage des Kapitalismus (180.000 Arbeitslose, das Außenhandelspassivum ist gewachsen, immer größere Absatzschwierigkeiten, die Unsicherheit der Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit) treibt ihn immer zu weiteren Offensiven gegen die

Arbeiterklasse. Die Mietzinse werden in Kürze erhöht werden, neue Preissteigerungen stehen bevor. Die Gewerkschaftsspitzen verhandeln bereits über ein viertes Lohn- und Preisabkommen. Es wird sich nicht von den vorhergehenden unterscheiden.

Wir können in den nächsten Wochen und Monaten mit einer ansteigenden Bewegung in den Betrieben, mit einer verstärkten Bereitschaft der besten Arbeiter, unsere Argumente und Losungen aufzunehmen, rechnen. Wir schließen uns der Forderung der KP nach einem 30%igen Teuerungszuschlag und der Einleitung von Lohnkämpfen an, ohne einen Augenblick unsere Kritik an ihrer Gesamtpolitik zu verschweigen. Wir verbinden diese Forderung mit unseren Forderungen und unserer Propaganda.

13.2.1950

Arbeitsgemeinschaft
revolutionärer Betriebsarbeiter

+++++
Lesen und weitergeben!!!!
+++++